

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

### Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerschweizerischen Verkehr Mk. 15.00 einschließl. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamazeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Caril. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 110

Februar 179.

Wildbad, Samstag, den 14. Mai 1921

Februar 179.

55. Jahrgang

## Tagespiegel.

Das Reichskabinett hat am Freitag eine Sitzung zur Beratung der oberösterreichischen Frage abgehalten.

Das Reichswehrministerium wird gegen die „Note Fahné“, wegen eines Artikels Reichswehrputsch gegen Oberösterreich, wegen Hochverrats vorgehen.

Als Oberösterreich kommt die wenig glaubwürdige Nachricht, daß unter den österreichischen Kampftruppen wegen Geldmangels herrsche. Korjanty soll die Absicht haben, die Unabhängigkeit Oberösterreichs anzukündigen.

In Leipzig beginnen am 23. Mai die Verhandlungen gegen die deutsch-österreichischen Kriegsverbrechen.

Der württ. Landtag hat mit 53 gegen 25 sozialistische Stimmen der Verpachtung der staatlichen Güterverträge auf 30 Jahre zugestimmt.

Der österreichische Nationalrat hat die Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland beschlossen.

In Glasgow und Westfalen traten die Eisenbahner in den Ausstand.

## Pfingsten

Pfingsten — das Fest des Geisteswunders! Wie an jenem ersten Pfingsten in Jerusalem machen sich auch heute noch die Spötter darüber lustig, daß die einfachen Männer aus Galiläa in allerlei Sprachen redeten. Vergesslich mißt sich der Menschenverstand ab, das Geheimnis der Geistesoffenbarung in jener weihedollen Stunde zu ergründen.

Der Menschenverstand hat in der wissenschaftlichen Arbeit schon viel Großes geleistet und die Welt des Sichtbaren in allen ihren Gebieten durchforscht; aber er ist nicht imstande, über die Welt der Erscheinungen hinauszuwachen. Alles, was jenseits dieser Welt liegt, bleibt ihm verschlossen; er kann nur das verarbeiten, was ihm die Sinne darbieten, und bringt alles in ein System von Begriffen, die nichts weiter sind als Zeichen für ein unbekanntes Wesenhaftes.

Nun leuchtet aber in unser Leben eine ganze unendliche Welt herein, die sowohl unserer Sinneswahrnehmung als auch unserem begrifflichen Denken unerschöpfbar ist, eine Welt, in die wir selber eingeschlossen sind, eine Welt des Geistes, die wir im Glauben erschaffen, der unser innerstes Gemütsleben sich öffnet. Diese Welt steht vor unserem Geistesauge in ihrem ewigen Glanz als das große göttliche Geheimnis, das wir in unserem Herzen bewahren und in das unser Verstand nicht einzudringen vermag. Ein höherer Geist schafft hier allein Klarheit und muß uns erleuchten, der Geist der Wahrheit, den uns Christus gebracht hat und der aus den Worten und Werken Jesu spricht.

Pfingsten sagt uns, daß auch wir berufen sind, durch diesen Geist erleuchtet zu werden und mit feinen Augen die Welt zu betrachten. Die Natur, die jetzt in ihrem Sommerschmuck prahlt, wird uns dann in anderem Licht erscheinen. Sie wird uns kein von blinden Kräften bewegter Mechanismus, sondern eine reich, Gotteswelt sein, in der des Schöpfers Geist waltet, und wir werden sie anschauen, wie sie Jesus angeschaut hat, der die Lirnen des Feldes preist und ihre Schönheit höher achtet, denn die Pracht Salomos.

Unsere Herzen sind jetzt so bang und leer und dunkel. Uns fehlt der Pfingstgeist. Wo er ist, da ist Freude und helles Licht wahrer Erkenntnis; da ist Gottesliebe, die alles Böse, alles Haß überwindet. Nur der Pfingstgeist kann unser Netter sein jetzt in der Zeit der höchsten Not.

F. Sch

Wohl gehen viel lähne Schwingen im hellen Lüftelraum, doch können wir's geringen zum: Ueber sich hinaus!

Es ist so viel gebunden.

so viel, was tot und kalt.

Dich stehen tausend Wunden:

o Geist des Licht, komm bald!

Schüler.

## Wochenrundschau.

In Siegeserwartung feierten die Franzosen den 100. Todestag Napoleons und den Tag der Jungfrau von Orleans. In Deutschland ist der 50. Gedächtnistag des Frankfurter Friedens vom 10. Mai 1871 zur wenig beachtet worden. Und doch hat es nächst dem Frieden von Nikolsburg, nach dem Sieg Preußens über Österreich 1866, niemals einen Friedensschluß gegeben, der ehrenvoller für Sieger und Besiegte gewesen wäre. Nach den glänzenden weltlichen Waisensiegen ein Maßhalten und eine ehrliche Verhältnissetzung, die dem großen Staatsmann Bismarck und durch ihn dem deutschen Volk seine größte Ehre gereicht. Der ganze Friedensvertrag bestand aus 18 Artikeln, klar und schlicht; der bezwungene Feind hatte 4 Milliarden Mark als Kriegsentwädigung zu zahlen und die unter dem Kronprinzen Ludwig XIV. dem Reich eutwässerten deutschen Lande Elsaß und Lothringen, übrigens nicht einmal im ganzen Umfang, zurückzugeben. Bismarck konnte nach Unterzeichnung des Vertrags mit Recht sagen: Die friedlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der französischen Republik sind nach einer Unterbrechung von 309 Tagen wiederhergestellt.

Wie ganz anders der Vertrag, der am 28. Juni 1919 in Versailles unter brutalen Drohungen unterschrieben werden mußte! Nachdem Deutschland durch Auswanderung und Wählerereien nach mehr als vierjährigem Gedankenkampf gegen eine Welt von Feinden endlich entkräftet und durch krügerliche Versprechungen zur Selbstentwädigung verleitet war, brachten die verbündeten Feinde über 7 Monate, um in mehreren hundert Vorparagrafen ein Friedensinstrument auszuklugein, das in jedem Satz napoleonischen Geiße, rachsüchtige Vernichtungsmittel und in seiner unendlichen Möglichkeit zu immer neuen Enttäuschungen offen hält.

Entgegen ergriß das deutsche Volk, als damals der sogenannte Friedensvertrag nur in den größten Umrißen bekannt wurde. Man begriff, wie der Führer der deutschen Unterhändler in Versailles, Freiherr von Lersner, im Horn über die unerhörten Zumutungen den feindlichen Wortführern die Feder vor die Nase werfen und die Stätte der Schmach verlassen konnte. Scheidemann sagte, die Hand müsse verdorren, die diesen Vertrag unterzeichnete. Die Frist war kurz, der Feind drohte. Eine Mehrheit fand sich im Reichstag, die in der Zwangslage sich für die Unterzeichnung entschied, in der Hoffnung, dadurch den Einmarsch der Franzosen und andere Gewalttaten abzuwenden zu können. Der Vertrag wurde von den damaligen Ministern Bell und Hertl. Müller unterzeichnet. Die Hände, die dies taten, sind nicht verdorrt, aber die Hoffnungen sind schmählich getäuscht worden. Die Zeit seit dem 28. Juni 1919 ist eine einzige Kette von Demütigungen und Beleidigungen aller Art geworden und die geäußerte Bezeugung des rechten Rheinufers ist doch Tatsache geworden, die wichtigsten Rheinufere sind schon seit Monaten in französischer Hand. Nur Grund des Friedensvertrages.

Und aus warum wir dieser Tage wieder in der gleichen Lage wie im Jahr 1919. Wieder ein Ultimatum, schlimmer noch als der Vertrag von Versailles. Das Ultimatum von London vom 6. Mai mußte in der Frist von 6 Tagen angenommen werden, ohne Vorbehalt und Bedingung. Das Reichskabinett, das die Verhandlungen über die Ausführung des Friedensvertrages in jenen denkwürdigen Februartagen dieses Jahres in London mit dem Obersten Rat zu führen hatte, ist darüber zusammengebrochen. Der „Optimismus“, die hoffnungsreiche Auffassung der Lage, die Dr. Simons in seinen Reden in Süddeutschland kundtat, bevor er seine Reise nach London antrat, hat sich als nicht gerechtfertigt erwiesen; Simons und die meisten seiner Ministerkollegen haben die Widerpartnern nicht richtig eingeschätzt. Zutreffend wurde ihm im Reichstag als hauptsächlichster Grund aller seiner Mißerfolge vorachalten, daß er glaube, alle Leute,

auch die von der Politik, müssen so ehrlich sein wie er selber. Rein menschlich macht dieser Glaube Herrn Dr. Simons ja alle Ehre, aber für einen verantwortlichen Staatsmann taugt er nicht. Schwer getäuscht hat sich das Kabinett auch in der Einschätzung der neuen amerikanischen Regierung. Die unfreundlichen Noten der amerikanischen Regierung haben nicht nur dem Draufloswerden des Verglaubens Recht, sondern in der ganzen Welt dem Vertrauen Nahrung gegeben, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage und daß es verpflichtet und imstande sei, alles zu bezahlen, was das arme Frankreich von ihm fordert. Daraus ergibt sich keine Forderung. Die Friedensentscheidung des Senats ist noch in seinen Wunsch vorläufig zurückgezogen worden, der Friedensschluß mit Deutschland ist also auf unbestimmte Zeit verschoben. Daraus ergibt sich, daß die Ver. Staaten Deutschland gegenüber nicht neutral werden, sondern „Feinde“ bleiben. Sie haben sich denn auch sofort wieder dem Verband angeschlossen, Vertreter der Ver. Staaten in der Kommissionsion und wie die Körperchaften zur Unterdrückung Deutschlands alle haben. Amerikanische Truppen stehen bereit, den Einsatz in Westfalen mitzumachen, laut Briand, nicht zu fehlen, wenn es gilt, Deutschland am Kragen zu fassen. Die Kriegsbereitschaft der Amerikaner hatte ohne Zweifel noch den Nebenweck, auf Deutschland einen moralischen Druck auszuüben für die Annahme des Ultimatums, wie denn auch der Verband in der sechstägigen Frist vom 6.—12. Mai alle mehr oder weniger sanften Uebereinkunftsspiele spielen ließ, um für die Annahme in Deutschland Stimmung zu machen. Stand doch sogar in einem Pariser Blatt zu lesen, die „American Press“ Frankreichs wüchste auf die Durchführung der Befehle des Ruhrgebietes „in Anbetracht der hohen Kosten“ nicht verzichten und die „Sicherheiten“ gegeben wären. Mit Sped fängt man die Mäuse.

Nach solchen Mißerfolgen war die Stellung des Reichskabinetts unhaltbar geworden und es reichte dem Reichspräsidenten sein Entlassungsgesuch ein, noch ehe das in London beschlossene Ultimatum in seinem Wortlaut in Berlin bekannt war. So wie die Dinge lagen, konnte es sich nur darum handeln, ob ein Kabinett der Ablehnung oder der Unterwerfung gebildet werden sollte. Man konnte sich nicht entschließen, die Parteirücksichten dranzugeben, und so lief die Frage darauf hinaus, welche Parteien das Ultimatum annehmen würden. Unbedingt für die Annahme waren die Unabhängigen und die Sozialdemokraten; das ausschlaggebende Zentrum war anfangs schwankend, es entschied sich dann aber, nach den Bälternwendungen, unter dem Einfluß des Abgeordneten Erberberger, ebenfalls für die Annahme und beschloß den Reaktionszwang, d. h. kein Mitglied durfte gegen die Annahme stimmen. Die demokratische Partei war in zwei fast gleiche Teile für und wider geteilt. Die Deutsche Volkspartei war mit fünf Ausnahmen gegen das Ultimatum, von der Bayerischen Volkspartei erklärten sich zwei Mitglieder für die Annahme. Geschlossen gegen die Annahme erklärten sich nur die Deutsche Nationalsozialistische Volkspartei und die Kommunisten, allerdings aus ganz entgegengesetzten Gründen. Trotzdem nun mit einer Mehrheit für die Annahme gerechnet werden konnte, machte die Zusammensetzung des Kabinetts aber die größten Schwierigkeiten. Die Unabhängigen wollten mit der Sozialdemokratie eine rein sozialistische Minderheitsregierung bilden, die Sozialdemokratie wollte auf die Mitwirkung des Zentrums nicht verzichten; von einer Verbindung mit dem Zentrum aber wollten wieder die Unabhängigen nichts wissen, sie schieden darum aus. Die Demokraten waren nur mit halber Seele dabei, sie hätten für die Regierung eine breitere Grundlage gewünscht, durch Beiziehung der Deutschen Volkspartei. Dem stimmten sich aber die Sozialdemokraten entgegen und die Deutsche Volkspartei erklärte, sie werde einem Kabinett der Unterwerfung nicht beitreten. In allerletzter Stunde einigte man sich auf ein Kabinett Wirth. Der Reichspräsident übertrug dem bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Wirth unter Ernennung zum Reichskanzler die Kabinettsbildung und dieser konnte dann dem Reichstag folgendes Kabinett vorstellen: von der Zentrumspartei Reichskanzler Dr. Wirth, Post Wiesberts, Arbeit Dr. Brauns,



Ernährung Dr. Hermes; von der Sozialdemokratie Schay und Vizkanzler Bauer, Inneres Dr. Gradnauer, Wirtschaft Robert Schmidt; von der Demokratie Justiz Dr. Schiffer und als Fachminister Heer Dr. Wehler, Verkehr General Gröner. Das noch unerledigte Wiederaufbauministerium soll mit einem Sozialdemokraten, das Finanzministerium wahrscheinlich mit einem Beamten als Fachmann besetzt werden. Das Ministerium des Innern übernimmt vorläufig der Reichskanzler.

Das neue Kabinett, das sich auf die Regierungskoalition von Weimar stützt, wird vielfach nur als ein Uebergangskabinett betrachtet, dem aus äußeren und inneren Gründen keine lange Lebensdauer beschieden sei. Es ist wiederum eine Minderheitsregierung; die drei Koalitionsparteien zählen zusammen 225 Reichstagsabgeordnete gegen 241 der übrigen Parteien. Die Umwandlung in der Reichsregierung wird indessen auch auf die nach den letzten Wahlen neugeformte preussische Regierung rückwirkend sein; nach Pfingsten soll das preussische Kabinett, aus dem die Sozialdemokraten ausgeschlossen sind, wieder auf den vorigen Schritt gebracht werden.

Im Reichstag gab nun Reichskanzler Wirth die Erklärung ab, das neue Kabinett habe sich für die Annahme des Ultimatums entschieden, weil dadurch die drohende Besetzung des Ruhrgebiets beseitigt werde. Die Befürchtung, daß der Einmarsch doch kommen werde, finde im Ultimatum keine Stütze. Der Reichstag billigte die Erklärung der Regierung mit 221 gegen 175 Stimmen, ein Mitglied des Zentrums enthielt sich der Abstimmung. Die sozialdemokratische Fraktion half sich über die verzwickelte Lage hinweg mit der einfachen Erklärung, sie stimme zwar für das unerfüllbare Ultimatum und trete wieder in die Regierung ein, die Verantwortung überlasse sie aber den Verantwortlichen. Das geschah in der Nacht des 10. Mai, just am 50. Gedenntag des Frankfurter Friedens. Die Regierung ließ sofort den fünf Regierungen des Verbands telegraphisch mitteilen, daß sie auf Grund der Abstimmung des Reichstags die Forderungen des Ultimatums ohne Vorbehalt und Bedingungen restlos annehme.

Was bedeutet aber die Annahme? Zunächst eine 5-prozentige Schuld von 135 Milliarden Goldmark, eine bleibende Abgabe von 26 Prozent auf die gesamte deutsche Ausfuhr, die Entwaffnung des deutschen Heeres, die über die im Versailler Vertrag vorgeschriebenen Grenzen weit hinausgeht, die Entschärfung der Festungen im Osten von Geschützen, die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren (worin die bayerische Regierung nun einwilligte, indem sie die Reichsregierung für die Folgen verantwortlich machte), die Erdrosselung der deutschen Luftfahrtindustrie und die pfandmäßige Besetzung des Rheinlands nicht auf 15 Jahre, wie im Friedensvertrag vorgesehen, sondern auf unabsehbare Zeit, bis alle Bedingungen des Ultimatums erfüllt sind. Ob sich die Hoffnung des Kabinetts und derer, die für die Annahme stimmten, daß mit der Annahme die Gefahr der Besetzung des Ruhrgebiets beseitigt sei, erfüllen wird, muß nach den bisherigen Erfahrungen als sehr zweifelhaft gelten. Im Ultimatum steht kein Wort davon, daß die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Reichsregierung erfolgt sein soll. Die Unterzeichnung berechtigt vielmehr den Verband, jederzeit mit neuen „Sanktionen“ nachzuhelfen, wenn die „Garantien“, die das Reich aller Selbstständigkeit berauben, nicht ausreichen sollten.

So ist die Annahme des Ultimatums mindestens ein Sprung ins Dunkle, umso mehr, als es so gut wie sicher ist, daß Deutschland auch des wichtigsten Industrie- und Kohlengebiets in Oberschlesien verlustig geben und dadurch einer Hauptquelle für die Möglichkeiten, die Forderungen des Ultimatums zu erfüllen, beraubt sein wird. Unter der Begünstigung Frankreichs haben die Polen in einem indianerartigen Überfall sich bereits des größten Teils des deutschen Landes bemächtigt und das Sechzigmillionenvolk steht demgegenüber da wie ein armer Waisenknecht. Hunderte sind verschleppt, ermordet und geradezu abgeschlachtet von den wilden Horden Koriantus, Tausende von Haus und Hof als Bettler vertrieben. Frankreichs neu mobilisierte 132 000 Mann bleiben aber am Rhein stehen. Wozu denn, wenn das Ultimatum doch angenommen ist? Es gehört ein harter Glaube dazu, um die Gefahr der Besetzung für beseitigt zu halten. Wünschen wir, daß nicht auch diese letzte Hoffnung zusammenbräche. Die Verantwortung vor dem deutschen Volk auf viele Geschlechter hinaus wäre furchtbar.

## Neues vom Tage.

### Danktelegramm des Reichskanzlers.

Freiburg, 13. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth hat auf die Beglückwünschung durch den Oberbürgermeister und den Stadtrat Freiburg zur Übernahme des Reichskanzleramts das nachstehende Telegramm geschickt: Ihnen und dem Stadtrat meinen herzlichsten Dank für Glückwünsche zu meiner Ernennung. Die Größe meiner Heimatstadt haben mir wohlgetan. Wenn Land und Stadt und alle deutschen Stämme zusammenhalten, dann muß das schwere Werk der Wiederaufrichtung des Vaterlands gelingen. Nicht Worte und Proteste können uns frei machen, sondern nur Leistungen und Arbeit ebnen den Weg zur deutschen Freiheit. Verständigung und Veröhnung mit allen denen, die guten Willens sind, ist das Ziel meiner Arbeit.

### Personalveränderungen.

Berlin, 13. Mai. Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ mitteilt, ist der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt-Göppert, zurückgetreten, weil er mit der Stellung des Reichskabinetts in der Ultimatumfrage nicht einverstanden sei. Zum Pressesekretär im Auswärtigen Amt sei der frühere Privatsekretär des Abg. Erzberger, Hemmer, augetreten, doch wollen auch die Sozialdemokraten diesen Posten für sich in Anspruch nehmen.

### Deutscher und französischer Kardinal.

Köln, 13. Mai. Der Kardinalbischof von Paris hatte an den Kardinalbischof von Köln, der ihm von

seiner Aufnahme in das Kardinalkollegium Mitteilung gemacht hatte, ein Antwortschreiben gerichtet, in dem er behauptet, Frankreich sei von Deutschland zu Unrecht angegriffen worden und Deutschland weigere sich jetzt, dieses Unrecht gut zu machen. Aber Frankreichs Geduld sei jetzt zu Ende.

Der Kardinalbischof von Köln ist nach der „Köln. Volkszeitung“ von dem Schreiben, das einen deutlichen Beleg für das Denken Frankreichs darstellt, aufs peinlichste berührt worden und erst recht nach seiner Veröffentlichung durch die Havas-Agentur. Er glaubt seinerseits von einer Veröffentlichung seiner Antwort an den Kardinal Dubois Abstand nehmen zu wollen, weil eine öffentliche politische Auseinandersetzung zwischen einem französischen und einem deutschen Kardinal weder im staatlichen noch im kirchlichen Interesse liegt. Wenn freilich die französische Presse seine Antwort irgendwie verkümmelt oder entstellt wiedergeben sollte, sei er gezwungen, seine Antwort im vollen Wortlaut der Öffentlichkeit zu übergeben.

### Neue kommunistische Bewegung.

Halle, 13. Mai. Die Kriminalpolizei hat nach dem „Berl. Tagbl.“ in dem neuen Gebäude des kommunistischen Blattes eine neue Vereinigung entdeckt, die sich über das ganze Reich erstreckt und sich Rote Hilfe nennt. Sie verschafft Flüchtlingen Unterschlupf und falsche Pässe, um über die Grenze zu entkommen. Einige Personen wurden verhaftet. Die Lage in Mitteldeutschland ist neuerdings wieder sehr ernst.

### Im Geheimen ist einig über Oberschlesien?

Paris, 13. Mai. Auf die Reuters-Note, daß nur der Oberste Rat und nicht die Verbandskommission in Oberschlesien die letzte Entscheidung über Oberschlesien habe, antwortet das „Echo de Paris“, es ist unwahrscheinlich, daß die französische Regierung, die entschlossen sei, Polen das gesamte Industriegebiet von Oberschlesien zuzuteilen, sich an den Obersten Rat, wenden werde, ohne sich vorher der Billigung ihres Entschlusses versichert zu haben.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Kosel sind bei den Kämpen in der dortigen Gegend elf uniformierte Franzosen, die auf Seiten der Polen gekämpft hatten, vom deutschen Selbstschutz gefangen genommen worden.

### Wichtiger Ministerrat in Paris.

Paris, 13. Mai. Heute vormittag fand im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand ein Ministerrat statt, der die Maßnahmen bestimmen soll, die nach Annahme des Ultimatums ergriffen werden sollen, um die Anwendung des Abkommens von London durchzuführen. Auch soll der Ministerrat darüber beschließen, ob schon jetzt ein diplomatischer Vertreter zum Vatikan entsandt werden soll, bevor das Parlament das Gesetz über die Wiederaufnahme der Beziehungen angenommen hat.

### Frankenwährung in Oesterreich.

Wien, 13. Mai. T. N. meldet, es sei geplant, in Oesterreich die lateinische Frankenwährung einzuführen mit dem Wertverhältnis von 1 Franken gleich 50 bis 70 österr. Kronen.

### Tschechisch-rumänischer Vertrag.

Paris, 13. Mai. Laut „Petit Parisien“ ist zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien ein neuer Vertrag geschlossen worden, der die Tschechoslowakei verpflichtet, aller Munition für Rumänien die Durchfuhr zu gestatten, falls Rumänien von einer anderen Macht als Ungarn angegriffen wird.

### Einspruch der Londoner Bankiers gegen Dumpinggesetz und Einfuhrabgabe.

London, 13. Mai. 25 hervorragende Bankiers haben eine Erklärung unterzeichnet, in der die Beseitigung jeder dem Handel auferlegten Einschränkung gefordert wird. Die Erklärung schließt: Das Wesen des Handels beruht auf Warenaustausch. Keine Nation, die Handel treibt, kann gedeihen, wenn die anderen Nationen nicht gedeihen. Mit Hilfe ihrer Ausfuhr können die Länder ihren Kredit wieder herstellen und die Mittel erhalten, um ihre Schulden zu bezahlen. Infolgedessen ist jede Beschränkung der Einfuhr nur geeignet, die Besserung des Wechselkurses der Länder Europas zu verzögern und den Handel zu behindern.

### Kämpfe der Spanier in Marokko.

Paris, 13. Mai. Die spanischen Truppen haben die drei Stellungen von Handa, Harcha und Gaylech genommen. Die Mauren hatten erbitterten Widerstand geleistet. Die Spanier verloren einen Hauptmann und 6 Soldaten, 5 Offiziere und 69 Soldaten sind verwundet.

### Dokarbeiterstreik in Argentinien.

Buenos-Aires, 13. Mai. Die gewerkschaftlich organisierten Dokarbeiter haben den Generalstreik erklärt. Sie verlangen, daß die Arbeitgeber nur organisierte Arbeiter einstellen. Der Verkehr im Hafen ist lahmgelegt.

### Württemberg.

Stuttgart, 13. Mai. (Vom Rathaus.) Die seit 1871 von einem Privatverein unterhaltene Schule in der Klopfschloß wird wegen finanzieller Schwierigkeiten vom 1. April d. J. ab von der Stadterwaltung übernommen. In der gestrigen Gemeinderatssitzung wurde mitgeteilt, daß der aus der kath. Kirche ausgetretene Gemeinderat Engelhardt (Unabh.) aus dem kath. Ortschulrat auszutreten habe.

Den 70. Geburtstag begeht morgen Generalleutnant Max Frhr. von Hügel, der im letzten Jahrzehnt mit großer Hingabe für Jungdeutschland und die Jugendwehr gewirkt hat.

Stuttgart, 13. Mai. (Daimlerwerke.) Das Geschäftsjahr 1920 schließt für die Daimlerwerke mit einem rechnungsmäßigen Gewinn von 5 633 353,45 Mk. (im Vorjahr 3 352 175,46 Mk.) ab, der dem außerordentlichen Reservefonds entnommen wird. Es wurde eine Dividenden-Verteilung von 4 Prozent auf 4 Millionen Mk. Vorzugsaktien und 3 Prozent auf 98 Millionen Stamm-

aktien (5 Prozent auf 32 Mill.) vorgeschlagen. Die Arbeiten an verschiedenen technischen Neuerungen haben nach der Mitteilung der Verwaltung gute praktische Ergebnisse gezeitigt.

Hall, 13. Mai. (Mörderin.) Die 27jährige Babette Siller, geb. Schneider von Klitzlsau, hat in Gemeinschaft mit ihrem Liebhaber, dem Sattlergesellen Georg Koll von Braunsbach, in der Nacht zum 1. Februar d. J. ihrem Ehemann den Hals abgehauen. Das Schwurgericht verurteilte sie wegen Totschlags zu 9 Jahren Zuchthaus und 5jährigem Ehrverlust. Koll hat sich am 4. März im Gefängnis erhängt.

Frendenstadt, 13. Mai. (Verein der Holzinteressenten.) Der Verein der Holzinteressenten Süddeutschlands hielt unter dem Vorsitz von Dr. Himmelsbach-Freiburg seine Generalversammlung. Rechtsanwalt Fehrenbach-Freiburg beantragte die Zusammenfassung von Baden, Württemberg, Rheinspalz und Südbesien zu einem Bezirkswirtschaftsrat, was angenommen wurde. Ebenso eine Kundgebung gegen die Zwangswirtschaft. Dem Arbeitgeberverband gehören 279 württembergische und 213 badische Firmen an.

Bom Bodensee, 13. Mai. (Für Touristen.) Die Marienschlucht, eine der seltensten Naturerscheinungen des Bodenseegebiets, ist nun der Allgemeinheit wieder zugänglich gemacht. Die Wege zur Marienschlucht sind durch die Gräfl. Bodman'sche Verwaltung ausgebaut worden. Auch sind in der Marienschlucht selbst überall Stege angebracht. Die Dampfschiffahrts-Verwaltungen haben im gegenseitigen Benehmen zur Wältigung des Pfingstverkehrs für die hauptsächlich in Betracht kommenden Schiffstouristen Ergänzungsfahrten vorzusehen, so daß die Beförderung der Reisenden an den beiden Pfingstfeiertagen sichergestellt erscheint.

Ludwigsburg, 13. Mai. (Viehmarkt.) Auf dem hiesigen Viehmarkt waren 113 Stück Großvieh zugeführt. Die Qualität ließ zu wünschen übrig. Es wurden bezahlt für je 1 Stück Ochsen 7500—8000 Mk., Kühe 5000—10 500, Rinder 3000—5800, Kalbinnen 5200 bis 9400, Schmalvieh 1850—1950 Mk.

Geislingen a. St., 13. Mai. (Diebstahl.) Aus der Wohnung des Metzgermeisters Karl Hirrlinger wurde letzter Tage ein Betrag von 5000 Mk. gestohlen.

Friedrichshafen, 13. Mai. (Brand.) In Leimbach bei Markdorf brach in dem Wohn- und Oekonomiegebäude des Landwirts Friedrich Fischer auf bis jetzt ungeklärte Weise Feuer aus, das das ganze Anwesen einäscherte. Von dem Vieh sind zwei Schweine verbrannt.

### Neckar und Friedensvertrag.

Wiederholt ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß durch den Artikel 331 des Versailler Vertrags auch die Nebenflüsse der internationalisierten deutschen Ströme internationalisiert worden seien. In einem Gutachten führt nun das Auswärtige Amt aus, daß der Art. 331 die Internationalisierung der Nebenflüsse an folgende Voraussetzungen knüpft: 1. Der Nebenfluß muß ein Teil des Flußgebiets des Rheins, der Donau oder Elbe sein. 2. Der Nebenfluß muß bei Anknüpfen des Friedensvertrags schon sichtbar gewesen sein. 3. Der Nebenfluß muß mehr als einem Staat den natürlichen Zugang zum Meer eröffnen. Den Bedingungen 1 und 2 würde der Neckar bis Heilbronn ebenso entsprechen wie z. B. die Donau bis Ulm. Aber was für die Neckarinternationalisierung für die Verbesserung und Verlängerung der Schiffsfahrtsstraße stufaufwärts getan wird, fällt nicht unter diese beiden Voraussetzungen und ist vor dem Zugriff der Entente geschützt. Erst recht ist das der Fall, weil der Neckar nicht mehreren Staaten den natürlichen Zugang zum Meer vermittelt. Württemberg, Hessen und Baden sind im Sinn dieser Bestimmung nur Teile des einen großen Staats, des Reichs. Die Internationalisierung des Mains kommt nur insoweit in Frage, als er ein Teil des in Art. 333 des Friedensvertrags behandelten Rhin-Donau-Kanals wird. Der Neckar-Kanal bis Plochingen ist also nach der Auffassung des Gutachtens durch den Friedensvertrag selbst davor geschützt, der deutschen Staatshoheit jemals entzogen zu werden.

### Landtag.

Stuttgart, 12. Mai.

In fünfstündiger Sitzung beriet heute der Landtag das Gesetz über die Verpachtung der staatlichen Hüttenwerke mit einer lebhaften Aussprache über diese Werke selbst und die Sozialisierungsfrage. Die Kommunisten ließen durch den Abg. Stetter, und die Unabhängigen durch den Abg. Hegler ihre ablehnende Haltung darlegen. Sie sehen in der Vorlage eine Verschleuderung von Staatsgut, ein Zusammenwirken mit dem Kapital, eine Verwucherung des Volks und eine Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Finanzminister Fiesching konnte darauf hinweisen, daß die beiden Parteien das Gesetz bald als reinen Ausfluß des Kapitalismus darstellten.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die Abg. Eggert begründete, wich von der der bürgerlichen Parteien nur ab in der Frage der Beteiligung der Privatindustrie. Die Sozialdemokraten lehnten die Zustimmung ab, weil sie glaubten, daß es andere Mittel gebe, um die Werke und die Erze dem Lande zu erhalten. Sie empfahlen den Anschluß an die ehemaligen Kriegsmaterialewerke, die Deutschen Werke A.-G., die aber von dem Redner der Rechte als eine Berliner Bankrotgesellschaft bezeichnet wurde.

Den drei sozialistischen Parteien gegenüber waren der Berichterstatter Schief und die Abgeordneten Roth (D.D.P.), Gengler (Str.) und Baumgärtner (S.P.) einig, daß es notwendig sei, in der Hüttenwerke einem großen Konzern anzuschließen. Einen Aufschubbetrieb könne sich der Staat bei der schlechten Finanzlage nicht mehr leisten.

Der Vertrag und die einzelnen Abmachungen über Arbeiterrechte und Erschließung wurden gebilligt.

Minister Fiesching bedauerte, daß die Hüttenwerke aus der Hand gegeben werden müßten. Aber es sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit gewesen. Die Rechte der Arbeiter und Angehörigen seien vollständig gewahrt.

Bei der Abstimmung wurde ein Antrag Kinkel (U.S.P.), der jährlich 20 000 Mk. von der Pachtsumme einem Erneuerungsfonds zugeführt wissen wollte, abgelehnt und das Gesetz in 2. und 3. Lesung gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen. Die Schlußabstimmung wurde auf Freitag vertagt.

**Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer.**

Stuttgart, 12. Mai.

(2. Tag.) Präsident Adams widmet einen warmen Nachruf dem kürzlich verstorbenen Staatsrat v. Om, der zwei Jahrzehnte der Zentralstelle für die Landwirtschaft vorstand. Sein Andenken wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt.

Vizepräsident Abg. Hornung erstattet den Bericht über die Getreidebewirtschaftung für 1921. Die Umlage auf Grund der Reichsverordnung ist so gedacht, daß Württemberg 1 Million Zentner Getreide aufzubringen ohne Beteiligung der kleinen Besitzer, unter Einbeziehung der kleinen Landwirte jedoch 1.800.000 Zentner. Dabei sollen nur 80 Mg. für den Erzeuger angerechnet werden. Einem derartigen Geschehenwurf können wir nicht zustimmen, schon mit Rücksicht auf die kleineren Landwirte, die benötigt wären, noch Brotgetreide zu Marktpreisen aufzukaufen. So müssen wir verlangen, daß die Ernte für 1921 festgelegt wird. Nach den Erfahrungen mit Fleisch, Kartoffeln und Hülsenfrüchten ist anzunehmen, daß die Befestigung der Zwangswirtschaft für Getreide eine Verbesserung in der Versorgung bringt, daß dann die Einfuhr von Luxuswaren unterbleibt, daß die Preise sich nicht wesentlich erhöhen. Die Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände können in Wegfall, auch die Uberschüsse, die dort gemacht werden. Der Vorstand der Kammer fordert Freigabe des Getreides für 1921. Das Umlageverfahren ist unannehmbar, die Kleinrenten sind unter allen Umständen zu befreien. Die Umlage selbst darf 8 Zentner für den Hektar nicht übersteigen. Der Preis für das Getreide werde fest nach dem Inbrennpreis festgesetzt werden, das restliche Getreide nach dem freien Marktpreis.

Direktor Ströbel begründet dazu einen Antrag, die Regierung möge dahin wirken, daß 1. mit verbilligtem Mais beliefert werden kleine Betriebe, Vieh- und Milchviehwirtschaften, Getreidebetriebe, die aus unverschuldeten Ursachen Getreide nicht abblenden konnten; 2. bei Befestigung der Mindestlieferungs-schuldigkeit an Brotgetreide usw. soll nicht das zuerst von der Landesgetreidestelle festgesetzte Minderungsmaß, sondern das endgültig festgesetzte zurande gelangt werden.

Minister Dr. Schall erklärt, daß binnen kurzem so viel Getreide eingeführt sei, daß bis 15. August die Brotversorgung gesichert sei, so daß ein Teil der neuen Ernte als Reserve dienen kann. Die Lage werde dennoch schwierig sein, weshalb die Reichsregierung am Umlageverfahren festhalte. Die württembergische, badische und hessische Regierung haben verlangt, daß 200 Kilogramm als Selbstverbrauchsration festgesetzt werden. Preußen habe dagegen Einspruch erhoben. Deshalb habe die Regierung gegen das ganze Reichsgesetz gestimmt. Die Einfuhr von Getreide und Waren sei ein außerordentlich spekulatives Geschäft, so daß sich der Handel nicht, die Getreidezufuhr zu übernehmen, weil das Risiko zu groß ist.

Präsident Adams teilt mit, daß der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft in voriger Woche einen Antrag angenommen hat, der der Regierung empfiehlt, die landwirtschaftliche Getreidebewirtschaftung zum neuen Erntejahr freizugeben. Die Durchführung des neuen Gesetzes und Umlageverfahrens würde Milliarden kosten. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide mit allen gegen 3 Stimmen angenommen, ebenso der Antrag wegen Abgabe des Reichsmails bei 2 Stimmen.

Der Antrag, das Verbot über die Benützung der privaten Motorkraften sofort aufzuheben, wurde einstimmig angenommen. Nach längerer Aussprache kam folgender Antrag einstimmig zur Annahme: 1. Die Benützung der Milch- und Milcherzeugnisse am 1. Juni aufzuheben. 2. Die Milchlieferanten werden ersucht, über die Ueberauszahl von der gewonnenen zur freien Wirtschaft die Milchlieferanten der Verbraucher durch Preisermäßigungen zu unterstützen. 3. Die Milch- und Milcherzeugnisse auf Grund vollständig freier Vereinbarung abgeschlossen werden. Unangemessene Preissteigerungen sind zu vermeiden. 4. Ueber die Abschaffung des Verbots der Ausfuhr von Butter und Käse aus Württemberg wird in nächster Zeit erneut zu verhandeln sein. Ferner soll antragsgemäß der Grenzverkehr freigegeben und das Landesamt für Viehverkehr aufgehoben werden. Ein Antrag Braun-Weilheim, daß den Erzeugern von Milch bei Nichtabschluß von Verträgen seitens der bis jetzt belieferten Gemeinden der Vertragsabschluß mit anderen Gemeinden zu gestatten ist, wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag auf Gemäßung des freien Handels mit Tabak fand gleichfalls einstimmige Annahme.

Landesökonomierat Barten forderte für die Veranlagung zum Reichssteuerjahr, daß der § 152 der Reichsabgabenordnung in allen seinen Teilen eingehalten werde und daß für die während des Krieges eingetretene Minderung der Verlebensmittel entsprechende Abzüge zu machen sind. Außerdem wurde die Stellungnahme der Kammer für die Veranlagung zur Umsatzsteuer klargestellt. Verwaltungsrat Meßler und Rechnungsrat Otterbach berichteten über die Errichtung von Landkranenkassen, die den Arbeitslosen und Erwerbslosen Vorteile gewährt. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Eingabe mit großer Mehrheit angenommen. Die Staatsregierung zu ersuchen, den Art. 5 des württ. Ausführungsgesetzes vom 8. Juli 1912 zur Reichsversicherungs-

ordnung aufzuheben und die reichsgesetzlich gestattete Errichtung von Landkranenkassen zu fördern.

Zur Frage der Reichsanpassierung wurde eine Entschärfung angenommen, wonach die Schädigung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Interessen bei der Anlage des Kanals und der Stauwehre nach Möglichkeit vermieden und, soweit sie nicht zu machen sind, volle Entschädigung gemährt werden muß. Die Grundwassererhältnisse der betroffenen Grundstücke sind vor dem Kanalbau festzustellen. Zur Ent- und Bewässerung in landwirtschaftlichen Gelände müssen Pump- und Wasserverteilungswerke gleich mit dem Kanal und in ausreichender Zahl errichtet werden. Grundbesitzer, die landwirtschaftliche Grundstücke zur Reichsanpassierung abtreten müssen, sollen in Gemeinden wo der Staat landwirtschaftlichen Grundbesitz hat, durch Zuweisung von künftigen Grundstücken entschädigt werden. Für den verstorbenen Dehonomierat Lukas-Keutlingen wurde Baum-schulbesitzer Wilhelm Altmann-Feuerbach mit 50 Stimmen gewählt. Gutsbesitzer Hermann-Blaustein berichtigte über die Lage der Kleinrentner in Württemberg und stellte den Antrag, daß der vorerwähnte Geschehenwurf zum neuen Brantwirtschaftergesetz als unannehmbar bezeichnet werde. Zum mindesten solle eine wesentliche Verbesserung der Lage der Kleinrentner durchgeführt werden.

**Locales.**

— Die Rebellhöhle bei Oberhausen wird am Pfingstmontag vor vormittags 11 Uhr bis nachmittags 3 Uhr beleuchtet.

— Das Dienstverhältnis der Lehrerin. Das Bayerische Volksschullehrergesetz vom 14. August 1919 enthält die Bestimmung, daß Volksschullehrerinnen aus dem Dienstverhältnis ausscheiden, wenn sie eine Ehe eingehen. In einer Anfechtungsklage hat nun das Reichsgericht entschieden, daß die Gesetzesbestimmung nicht rechts-wirksam sei, da sie mit Artikel 128 Abs. 2 der Reichsverfassung vom 11. August 1919, der alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte aussetzt, unvereinbar sei.

— Verkehrsperre. Die Eisenbahndirektion in Köln teilt mit: Durch die Truppenbewegungen in der Richtung nach dem Ruhrgebiet sind die Eisenbahnlinien des rechten Gebiets so stark beansprucht, daß es notwendig geworden ist vorübergehend eine Verkehrsperre für Frachtgut-fürde und für Frachtgutwagenladungen zu verhängen. Die Aufhebung der Sperre wird bekanntgegeben.

— Postfrage. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß einer Verfügung gemäß am 2. Pfingstfesttag (Pfingstmontag) der Orts- u. Landbestellendienst vollständig ruht. Dagegen findet am Pfingstsonntag neben der Briefbestellung auch eine Bestellung der Pakete statt, ebenso wird an diesem Tag ein Landpostbotengang ausgeführt.

**Mitmaßliches Wetter.**

Im Norden steht ein kräftiger Hochdruck, der die Störungen fast vollständig beseitigt. Am Sonntag und Montag ist meist heiteres, trockenes und mildes Wetter zu erwarten.

**Letzte Nachrichten.**

**Die Lage in Schlesien.**

Berlin, 13. Mai. Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien, Fürst Hatzfeldt, hat sein Amt niedergelegt. Es waren ihm von der Verbandskommission Zusicherungen gemacht worden, auf Grund deren er der Bevölkerung eine Besserung und Beruhigung versprochen hatte. Die von der Kommission gemachten Zusicherungen sind jedoch nicht erfüllt worden. Fürst Hatzfeldt war also nicht in der Lage, sein Versprechen einzulösen und hat sich deshalb zu seinem Schritt verpflichtet gefühlt.

Berlin, 13. Mai. Das Reichskabinett ist heute mit-tag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der hauptsächlich die oberschlesische Frage erörtert wurde. Nach der „B. Z.“ hat Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie von Neuport aus telegraphisch die Uebernahme des Ministeriums des Auswärtigen abgelehnt, ebenso der Hamburger Bankier Dr. Melchior das Reichsfinanzministerium.

Paris, 13. Mai. Havas meldet in Washington werde erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich der Teilnahme an den Beratungen über Oberschlesien enthalten würden.

wenn die Frage vor den Obersten Rat komme.

**Hochverratsprozeß gegen die „Note Fahne“.**

Berlin, 13. Mai. Die kommunistische „Note Fahne“ hatte behauptet, die Reichswehr habe in Oberschlesien einen Putsch beabsichtigt. Zum „Beweis“ veröffentlichte sie Befehle des Reichswehrministers Geßler. Das Ministerium teilt nun mit, daß diese angeblichen Befehle Wort für Wort gefälscht sind und daß gegen die „Note Fahne“ wegen Hochverrats vorgegangen wird.

**Der Prozeß gegen die „Kriegsverbrecher“.**

London, 13. Mai. Wie die Wäster melden, begibt sich der englische Generalsstaatsanwalt mit einer Anzahl britischer Jangge zu den am 23. Mai beginnenden Verhandlungen nach Leipzig.

**Sprechsaal.**

Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Schriftleitung lediglich die presserechtliche Verantwortung.

Ein Fachmann des Hotelgewerbes sandte uns folgende Erwiderung auf das Kuriosum, das sich in einem hiesigen Hotel zugetragen haben soll.

Bekanntlich lebt der Wirt vom Verdienst wie jeder andere Geschäftsmann auch, nur ist der Wilbbader Wirt in der peinlichen Lage den Verdienst von 3 Monaten auf 12 verteilen zu müssen, ohne dabei in die Lage versetzt zu sein, Preise wie sie in einer Großstadt verlangt werden, fordern zu können, da ihm sonst von seiner Kundschaft sofort sein Verdienst nachgerechnet würde, wie in dem Kuriosa-Fall.

Der Laie sieht nur die Einnahmen, oder besser gesagt er rechnet sie ihm vor oder nach, die Ausgaben die ein solcher Betrieb, der nur auf kurze Zeit zugeschnitten ist, verursacht, kennt der Laie nicht oder will sie nicht kennen.

Sätten die Privatvermieter nicht ein Haar darin gefunden, ihre Gäste selbst zu verköstigen, hätten sie es schon längst getan, so aber überließen sie es den Wirten während der Kriegszeit alle die Mühen und Gefahren einer Verköstigung seiner Mitmenschen auf sich zu nehmen.

Wenn von dem händereibenden Gastwirt gesprochen wurde, so dürfte dies wohl ein aufmerksamer Wirt gewesen sein, denn wenn das Gegenteil der Fall gewesen wäre, so hätte man ihn einen „groben Kerl“ genannt.

Um nun zur Sache selbst zu kommen, möchte ich die Zerlegung der Pensionpreise in Küche und Wohnung vornehmen. Angenommen der Wirt gibt Pension (Zimmer und Verpflegung) zu M. 55 pro Person und Tag, so muß er seiner Küche zum mindesten M. 50 gutschreiben, denn die Küche war ja in diesem Falle wo zugegeben, sehr gut, der Rest von M. 5 bleibt für die Wohnung, wovon er dann noch 10 % an den Staat abliefern muß.

Aufstellung: Frühstück 4 M., Mittagessen 24 M., Abendessen 22 M. zusammen 50 M. dies ist der Preis für Gäste die tagtäglich bei ihm essen, kommt nun ein Gast von auswärts und sucht bei ihm das beste Essen, denn wenn es nicht gut wäre, käme der Gast, das zweitemal nicht wieder, so ist es doch kein Wunder wenn er diesem Gast anstatt 46 Mark für Mittag und Abendessen 50 M. abverlangt, wie es in dem Kuriosa-Fall vorgekommen ist, denn das sind 10 % Aufschlag. An sogenannten Pasanten muß der Wirt eben am Essen verdienen, da er an der Wohnung bei ihm nichts verdienen kann.

Der Wirt der heute M. 55 Pension verlangt, hat daselbe im Frieden um 8—9 Mark abgeben können, das ist der 6- bis 7fache Beitrag, er selbst bekommt aber keinen einzigen Artikel, oder irgend welche Lebensmittel die nur um das siebenfache gestiegen sind, sondern er muß eben bezahlen was seine Lieferanten verlangen, selbst wenn die Ware um 1000 oder 2000% gestiegen ist und das weiß jeder Einsichtige oder sollte es wenigstens wissen.

Sollten sich aber die Privatvermieter trotzdem zu diesem Risiko versteigen, eine eigene Speiseanstalt in's Leben zu rufen, was ich kaum glaube, so möchte ich ihnen gerade diese Hände herauswirft empfehlen, der dann vielleicht eine Kente herauswirft empfehlen, um sich im Winter kümmerlich durch's Leben zu schlagen.

**Lohn- u. Gehaltszettel**

soweit noch im Rückstande, sind spätestens bis 18. ds. Mts. auf dem Rathause, Zimmer Nr. 8 abzugeben. Wildbad, den 12. Mai 1921. Gemeindebehörde.

**Bekanntmachung.**

Die Abgabe von Kochmehl auf Aushilfsmarke 1 findet am Dienstag nachm. 2—6 Uhr, für die Nummer 1—300, Mittwoch, vorm. 8—12 Uhr, 301—600 und nachm. 2—6 Uhr 601 bis Schluß statt 1 Person erhält 800 Gr. u. kostet M. 5.60

Alle durch die Firma August Bauer Geschädigten werden ersucht, ihre Adressen betr. Zeugenaussagen an die Tagblatt-Geschäftsstelle einzusenden, da Strafantrag wegen Betrug gegen diese Firma gestellt ist.

**Musik-Berein.**

Am Sonntag, den 15. Mai findet bei günstiger Witterung ein

**Tanz-Ausflug nach Schwann** statt, wozu die Mitglieder des Vereins, sowie Freunde und Gönner freundlichst eingeladen sind.

Abfahrt 1.32 Uhr nach Rotenbach, zurück über Neuenbürg 9.15 Uhr. Abmarsch vom „wilden Mann“ aus. NB. Bei ungünstiger Witterung nach Höfen in das Gasthaus zur „Krone“.

Der Vorstand.

**Fußball-Verein Wildbad.**

vereinig. Fußball- u. Sportverein



**Pfingst-Wettspiele.**

Pfingstsonntag: Beginn halb 3 Uhr 1. Mannschaft gegen

**Die Blauen Elf Stuttgart** Propaganda-Elf

Vorspiel: halb 2 bis halb 3 Uhr.

3. Mannschaft gegen **Fuss-Club Neuenbürg** 3. Mannschaft

Autoabfahrt z. Sportplatz jeweils 1 Stunde v. Spielbeginn Eintrittspreise: Nichtmitglieder Sitzplatz 2.50 Stehplatz 1.50 Mitglieder „ 1.50 „ frei.

Pfingstsonntag abends halb 8 Uhr u. gemütliches Beisammensein mit den Gästen aus Stuttgart u. Cannstatt im Saale zur „Alten Linde“.

Außer dem vollzähligen Erscheinen sämtlicher Spieler wird auch von zahlreicher Beteiligung unserer passiven Mitglieder gebeten. Der Ausschuß.

Pfingstmontag: Beginn halb 3 Uhr

2. Mannschaft gegen **F.-Abt. d. Turn-Verein Cannstatt**

3. Mannschaft

Vorspiel: halb 2 bis halb 3 Uhr.

4. Mannschaft gegen **1. F.-Cl. Pforzheim** 8. Mannschaft

**Garantiert reinen Bienenhonig,**

sowie **Ta. Wurstwaren** empfiehlt Linders Delikatessengeschäft.

Nächste Woche trifft ein Waggon

**Kartoffeln**

ein. Preis 22 Mark. Bestellungen nehmen die Verkaufsstellen entgegen. Consumverein.

**Flüssige Teerseife**

ca. 1/4 Liter - Flasche Mark 6.— **20 Proz. Rabatt** Chr. Schmid & Sohn.

**Turn-Verein Wildbad.**

Die auf Samstag ausgeschriebene

**Verfammlung**

findet nicht i. „Kühlen Brunnen“, sondern im **Ratskeller** statt.

Der Vorstand.

**Herren**

**Stärke-Wäsche** liefert in 8—10 Tagen **Grosswäscherei**

**Schorpp.** Annahmestelle: Witwe Voiz Wildbad Wilhelmstr. 91.

**Hühneraugen-**

Ein vor-zügl. Mittel ist „Corn UA.“ Erhältlich im Friseurgeschäft Braun & Schlegel, König-Karlstraße.

**HOTEL WEIL**  
**Eröffnung**  
 Pfingstsonntag.

**Habe meine Wirtschaft wieder eröffnet!**  
 G. SCHMID zur „Hochwiese“.

**Musikverein Wildbad.**  
 Montag nachmittag von 3 Uhr an  
**Tanz-Unterhaltung**  
 in der Turnhalle  
 wozu freundlichst einladet  
 DIE DIREKTION.

**Vieh-Verkauf**  
 uWir haben am Montag, den 16. Mai morgens von 7 Uhr ab im Gasthof zum Ochsen in Höfen einen großen Transport erstkl. Kälberkühe sowie hochtrachtige Kühe und Kalbinnen zum Verkauf, wozu Liebhaber einladet  
**Löwengardt, Rellingen.**

**Kohlenherde weiß email. 3 Loch** Mark 800.-  
**Kohlenherde weiß email. 3 Loch** Mark 500.-  
**Wirtschaftsherde leicht gebraucht** Mark 1200.-  
 sowie Waschkessel sehr billig zu verkaufen.  
**E. Hartmann, Pforzheim**  
 Bleichstrasse 8.

**Schokolade**  
**Deutschmeister**  
 Hervorragende Qualität  
 Alleinige Fabrikanten:  
**PETZOLD & AULHORN A.-G., Dresden.**  
 Vorrätig in den meisten Spezial-, Delikatessen-, Kolonialwaren-Geschäften und Konditoreien.

*Wildbad.*  
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden und Kamerädinnen zu unserer am Pfingstmontag, den 16. Mai im Gasthaus zur „Alten Linde“ in Wildbad stattfindenden  
**Hochzeits-Feier**  
 freundlichst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung entgegennehmen zu wollen.  
**Fritz Treiber**  
 Sohn des Fritz Treiber, Halshauer, Windhof Wildbad.  
**Friederike Aldinger**  
 Tochter des † Johann Aldinger, Sägar, Dennach.  
 Kirchgang um 12 Uhr vom Café Bechtle aus.

*Sprollenhau.*  
**Hochzeitseinladung.**  
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, sowie Schulkameraden und Kamerädinnen zu unserer am Pfingstmontag den 16. ds. Mts. im Gasthaus zur „Krone“ in Sprollenhau stattfindenden  
**Hochzeitsfeier**  
 ganz ergebenst einzuladen und bitten, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.  
**Karl Wagenreuter.**  
 Sprollenhau. **Sophie Haag.**  
 Kirchgang um 1/1 Uhr vom Hotel Lamm aus.

**Dampfwaschanstalt Birkenfeld.**  
 Wir empfehlen unsere Dampfwaschanstalt für die kommende Saison. Hotels und Pensionen bei Abschlüssen für die ganze Saison Preisermäßigung. Rascheste Bedienung. Auch Privatwäsche, von Kurgästen, wird angenommen und tadellus gewaschen und gebügelt. Abholung jeden Montag u. Donnerstag mit Auto.  
**Dampfwaschanstalt Birkenfeld**  
 Gebr. Maneval.  
 Telephon: Amt Pforzheim Nr. 64.

**Nr. 50**  die rein überfeinische Cigarre in leichter Qual. nur 90 Pfg.  
**Nr. 100**  für Qualitäts-Raucher Mk. 1.30

**Chr. Schmid & Sohn, Tabakwarengroßhandlung.**

**Lebensmittel**  
 Wir empfehlen  
**Prima Teigwaren:**  
 Maccaroni p. Pfd. Mk. 7.85  
 Hörnle " " 7.85  
 Fadennudeln " " 7.45  
 Bandnudeln " " 7.85  
 Spaghetti " " 7.-  
 Schweineschmalz Ia. (schneeweiß gar. rein) 11.45  
 Feinstes Salatöl ltr. 19.-  
 Ferner stets früh eintreffendes  
 Gemüse: Spargel, Spinat, Kohlrabi, Karotten, Salat, Zwiebel, ect.  
 Lieferungen frei ins Haus.  
**KAROLINE BENDER & SÖHNE** TELEPHON 150

**Dresdner Bank**  
 Aktienkapital und Reserven M. 340 Millionen  
 Stuttgart Heilbronn Cannstatt Ulm

**Maurer- und Steinh.-Arbeiten**  
 auch Reparaturen  
 übernimmt  
**Gustav Schmid**  
 Maurer- u. Steinhauer.

**Ordentl. Putzfrau**  
 für 2 bis 3 Stunden täglich sucht  
 Fr. Oberberggrat Dr. Jasp. r.  
 Hohentlohestr.  
 Ca. 50 Meter

**Reisprügel**  
 hat zu verkaufen.  
 Wer? sagt die Exped. ds. Blattes.

Eine  
**Bruthenne**  
 wird gesucht.  
 Batt, Maler.

Wir beabsichtigen in Wildbad eine  
**Wäscheanmeldestelle**  
 zu errichten und suchen für diesen Posten eine gewandte zuverlässige u. eheliche Person.  
 Dampfwaschanstalt  
 Gebr. Maneval  
 Birkenfeld.

**Bettmässen**  
 Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Versandhaus Bessalla, Eberschwim (Wettl.) 207.

**Beleuchtungs-körper**  
**Taschenlampen** mit Akkumulator  
**Elektr. Bügel- u. Koch-Apparate**  
**Glühlampen**  
**Heizkissen**  
 und sonstige Schwachstromartikel  
 Prima Ware.  
 Glühlampen  
 Verkaufsstelle der Ofram-Comm.-Gesellsch.  
**Carl Hartmann**  
 Elektr. Installationen und mech. Werkstätte.

**Felle!** für Leder wie Pelz-Fabrikation kauft zu den allerhöchsten Tagespreisen an.  
**Erich Maischhofer,**  
 moderne Tierausstopperei.  
 Lindenstr. 52 Pforzheim Telephon 1051

**Alle Musik-Instrumente** für Haus und Orchester von den einfachst. Schüler bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl  
**Musik-Haus Gurth,**  
 Großhandel und Einzelverkauf  
 Pforzheim, Leopoldstr. 17 (Altstadt, Klebtsch-Neubau)

**Evang. Gottesdienst.** Sonntag, 15. Mai. Pfingstfest. 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. (Im Anschluss Beichte und Abendmahl). 11 Uhr Kindergottesdienst. 8 Uhr abends Predigt: Stadtpfarrer Dieterle. 2 Uhr nachm. Predigt in Sprollenhau: Stadtpfarrer Dieterle. Pfingst-Montag, 16. Mai. 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dieterle.  
**Kath. Gottesdienst.** Pfingstsonntag, 15. Mai. 7 Uhr Frühmesse. 9 Uhr Predigt und Amt vor ausgelegtem Allerheiligsten. Nachmittags 2 Uhr Andacht. 2. Feiertag 5 Uhr Frühmesse. 9 Uhr Amt.  
 Während der Woche: 7 Uhr hl. Messe.  
 Beichtgelegenheit: Samstag nachm. von 4 Uhr an, Sonntag früh und an den Wochentagen vor der hl. Messe. Austeilung der hl. Com., Sonntag bei der Frühmesse und um 8 Uhr. Werktags bei der hl. Messe.